

**Zeitschrift:** Schweizer Erziehungs-Rundschau : Organ für das öffentliche und private Bildungswesen der Schweiz = Revue suisse d'éducation : organe de l'enseignement et de l'éducation publics et privés en Suisse

**Band:** 58 (1985)

**Heft:** [5]

**Rubrik:** VSP-Nachrichten

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Ecole privée: un choix à assumer

Faut-il le regretter ou le saluer: les «usages» se simplifient depuis quelques temps au Grand Conseil ou l'on hésite plus guère, dans les deux principaux «camps politiques», à étouffer dans l'œuf des motions dont on sent qu'elles posent mal un problème ou qu'elles ne donneraient lieu qu'à de stériles et coûteuses études gouvernementales . . .

Tel a donc été le cas hier, dans la foulée, de la motion du député gépéiste Pierre Santschi demandant pour les parents une «amélioration de la liberté de choix du mode d'instruction des enfants» par le jeu d'une défalcation fiscale des frais d'écolage en école privée.

Quoiqu'ayant reçu l'appui très immédiat des libéraux André Demaurex (Cully), Yves Paquier (Morges) et David Blanchoud (Coppet) . . . la proposition se heurta à une réaction beaucoup plus mitigée chez le libéral André Lasserre: problème important que celui d'une suppression des obstacles financiers pour l'accès aux multiples écoles privées de ce canton; mais question qu'il serait faux d'aborder sous le seul et strict angle fiscal, alors qu'il s'agit bien plutôt d'un choix pédagogique à offrir . . .

Mais c'est surtout sur le rapport de la commission, signé du radical Jean-Pierre Rochat, que cette proposition s'est proprement cassé les dents. La défalcation envisagée (300 à 400 francs par mois) n'aurait de toute façon pas permis au parents de revenus modestes de placer leur enfant dans le privé; mais elle aurait en revanche coûté des millions à la caisse cantonale. D'ailleurs l'intervention de l'Etat se justifie-t-elle vraiment pour des personnes capables de payer bon an mal an plusieurs milliers de francs d'écolage?

Inutile, estima donc de manière définitive la majorité du Grand Conseil, de cautionner la fabrication d'étudiants sous prétexte que des parents n'acceptent pas l'échec de leurs enfants! S'ils placent leur progéniture en école privée, ces parents-là se doivent d'assumer leur choix. Pas de doute non plus pour les partisans du «Moins d'Etat»: le secteur scolaire privé, qui a de nombreux atouts dans son jeu, n'a pas besoin d'un tel appui qui ne serait en fait qu'un subventionnement larvé . . . A quoi s'ajoute le fait que cette pratique ne contribuerait aux efforts de simplification des déclarations fiscales!

Reste qu'au vote, certes balayé, le motionnaire gépéiste recut tout de même l'appui d'une majorité du groupe libéral et celui d'une minorité radicale. Dossier à rouvrir un jour, sous une autre forme? *J. Mr., La Nouvelle Revue de Lausanne, 25. 2. 85*

## VSP-Mitteilungen

---

### Mehr Qualität bei den Privatschulen

Qualität und Leistung waren die meistgenannten Stichworte an der Jahrestagung des Verbandes Schweizerischer Privatschulen (VSP) vom vergangenen Wochenende in St. Gallen. Gegenwärtig gehören dem VSP in der deutschen und italienischen Schweiz 98 Externate und Internate mit rund 35 000 Schülern an. Angesichts

der wegen der geburtenschwachen Jahrgänge bereits eingetretenen oder noch zu erwartenden rückläufigen Schülerzahlen gehören die Förderung und Kontrolle der Qualität durch verbandseigene Prüfungen und Diplome, Weiterbildungskurse für Schulleiter und Lehrer sowie verbindliche Richtlinien für Ausbildungsprogramme, Schulverträge, Werbung usw. zu den unbestrittenen Grundsätzen dieser Schulen. In die gleiche Richtung zielten auch der Beschluss der Mitgliederversammlung zur Errichtung einer Schlichtungsstelle zwecks verbandsinterner Beilegung von Streitigkeiten zwischen einzelnen Schulen und Schülern bzw. Eltern sowie der Verbandsausschluss des in den letzten Jahren recht umstritten geführten Instituts Jura in Solothurn.

Neben der Mitgliederversammlung des Gesamtverbandes fanden die Sitzungen der verschiedenen Fachgruppen und Fachverbände statt, an denen die Maturitäts-, Handels-, Arztgehilfinnen-, Sprach-, Volks- und untere Mittelschulen ihre spezifischen Probleme und Projekte diskutierten. Für die Mitgliedschaft in der Fachgruppe Maturität benötigen die Schulen bestimmte Erfolgsquoten bei der Vorbereitung auf die eidgenössische Maturitätsprüfung oder bei der Durchführung eigener Maturitätsprüfungen. Die im Verband Schweizerischer Handelsschulen organisierten privaten Ausbildungsstätten führen verbandseigene Prüfungen für Bürofach-, Handels- und höhere Wirtschaftsdiplome durch und beabsichtigen die Einführung eines Informatikzertifikates. Die privaten Sprachschulen bereiten gegenwärtig ein einheitliches schweizerisches Sprachdiplom vor, das den Hauptakzent auf die mündliche Kompetenz der Ausgebildeten und auf die praktische Verwertbarkeit legen will. Die von der Verbindung Schweizer Ärzte anerkannten Arztgehilfinnenschulen unterrichten ebenfalls nach einheitlichen Lernzielen und führen gemeinsame Verbandsprüfungen durch; neu beschlossen wurde ein einheitliches Berufsbild, das als Grundlage für die laufenden Diskussionen um die Unterstellung des Arztgehilfinnenberufes unter die Oberaufsicht des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) oder des Schweizerischen Roten Kreuzes (SRK) dient.

Die Jahrestagung wurde von zahlreichen Gästen besucht, u.a. vom neuen Direktor des Schweiz. Gewerbeverbandes P. Clavadetscher, der die anwesenden Schulleiter in ihren Bestrebungen zur verstärkten Innovationsfreudigkeit im Bildungsbereich unterstützte und sie aufforderte, die Entwicklung der individuellen menschlichen Grundwerte hochzuhalten. Die Grussadresse des Kantons und der Stadt St. Gallen überbrachte der Präsident der Kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz, Regierungsrat E. Rüesch.

Im Rahmen der Jahrestagung referierte BIGA-Direktor Dr. Klaus Hug über «Wirtschafts- und Bildungspolitik im Banne der neuen Technologien». Er sprach sich für eine neue Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen Wirtschaft und Staat, Schulen und Betrieben, privaten und öffentlichen Bildungsstätten, für eine «konzentrierte Aktion» zur Herstellung des technologischen Anschlusses aus. Die neuen Technologien, insbesondere die Informatik, gehörten in den Büros und in den Produktionsbetrieben bereits zu unserem Alltag. Ohne Anpassung an die technologische und marktmässige Entwicklung habe die Schweiz keine Chance im internationalen Wettbewerb, womit sich die Arbeitslosigkeit in unserem Land bedeutend vergrössern müsste. Eine funktionierende Infrastruktur, qualifizierte und anpassungsfähige Arbeitnehmer, eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und eine an Sachfragen und nicht an ideologischen Grabenkriegen orientierte Wirtschaftspolitik sind nach Hug die Trümpfe unseres Landes, die es erlauben werden, die durch den techni-

schen Fortschritt ausgelösten Qualifikationsveränderungen ohne allzugrosse Arbeitslosigkeit zu bewältigen.

In keiner Phase der wirtschaftlichen Entwicklung der Industriestaaten seit der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts hätten Forschung, Entwicklung und Ausbildung eine so ausschlaggebende Rolle gespielt wie heute. Zwar gebe die Schweiz seit Jahrzehnten jährlich ungefähr 2,5% des Brutto-sozialprodukts für Forschung und Entwicklung aus, 75% davon durch die private Wirtschaft, 25% durch den Staat. Was aber nahezu völlig fehle, sei die industriepolitische Abstimmung, die zukunftsorientierte forschungspolitische Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat. Der Kommunikations- und Informationsfluss zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Behörden über die Ziele und Inhalte von Forschung und Entwicklung ist gemäss BIGA-Direktor Dr. K. Hug ebenso unbefriedigend gelöst wie der Zugang der kleinen und mittleren Firmen zu den staatlichen Forschungsstellen. Damit sei aber die Umsetzung von Ergebnissen der Grundlagenforschung in marktfähige Produkte nicht gewährleistet. Mit dem Ausbau seines regionalpolitischen Instrumentariums und der Innovationsrisikogarantie wolle der Bund die Zahl der auch auf internationalen Märkten wettbewerbsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen vergrössern.

Ähnliche Probleme stellten sich im Bereiche unseres Bildungssystems. Unsere Universitäten, Hoch- und Mittelschulen sowie unsere Berufsbildung geniessen zwar laut Hug im In- und Ausland einen guten Ruf, doch vermögen das Ineinandergreifen der unterschiedlichen Ausbildungsgänge und das gegenseitige Abstimmen der Lehrinhalte und Lernziele noch nicht zu befriedigen. In technisch-naturwissenschaftlichen Sparten stellten sich nicht zu übersehende Nachwuchsprobleme, während vor allem bei den Geisteswissenschaften der zu grosse Zustrom immer noch anhalte. Abschliessend verwies der BIGA-Direktor auf die gegenwärtige Einführung eines Mindestprogramms für Informatik in allen Zweigen der Berufsschulen. Innert kürzester und nützlicher Frist soll im Bereich der berufsorientierten Ausbildung ein Wissensstand erreicht werden, der die praxisgerechte Anwendung und Umsetzung der Informatikkennnisse erlauben wird.

## **Inserate in der «Schweizer Erziehungsrundschau» bringen Erfolg!**

Beratung und Annahme  
**Ott Verlag + Druck AG**, Postfach 22, 3607 Thun 7  
Telefon 033 / 22 16 22